Satzung für die Schülerbeförderung in der Stadt Dessau-Roßlau

Auf Grund des § 71 (1) und (6) des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SchulG LSA) in der ab dem 1. August 2005 geltenden Fassung (GVBl. LSA Nr. 50/2005, S. 520 f.) in Verbindung mit dem § 6 (1) der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 5. Oktober 1993 (GVBl. LSA Nr. 43/1993, S. 568 f.), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 16. November 2006 (GVBl. LSA Nr. 32/2006, S. 522 f.), hat der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau in seiner Sitzung am nachfolgende Satzung für die Schülerbeförderung in der Stadt Dessau-Roßlau beschlossen.

§ 1 Anspruchsvoraussetzungen

- (1) Für die in der Stadt Dessau-Roßlau wohnenden Schülerinnen und Schüler
- a) der allgemein bildenden Schulen bis einschließlich 10. Schuljahrgang,
 - b) des schulischen Berufsgrundbildungsjahres und des Berufsvorbereitungsjahres,
 - c) des ersten Schuljahrganges derjenigen Berufsfachschulen, die keinen mittleren Schulabschluss voraussetzen.

besteht Anspruch auf Beförderung bzw. Erstattung der notwendigen Aufwendungen für den Schulweg, wenn der Schulweg die Mindestentfernung zwischen der Wohnung der Schülerinnen und Schüler und der Schule nach § 2 dieser Satzung überschreitet.

- (2) Fahrtkostenzuschüsse für die Schülerinnen und Schüler des 11. und 12. Schuljahrganges der allgemein bildenden Schulen und für die nicht in § 1 (1) b und c genannten Schülerinnen und Schüler von Berufsbildenden Schulen werden grundsätzlich nicht gewährt. Für Schülerinnen und Schüler des 11. und 12. Schuljahrganges aus dem Stadtteil Roßlau bzw. den Ortsteilen Meinsdorf, Mühlstedt, Streetz/Natho, Rodleben und Brambach kann ein Zuschuss zu den notwendigen Aufwendungen für den Schulweg vom „Goethe-Gymnasium“ zum nächstgelegenen Gymnasium im Stadtteil Dessau gewährt werden, wenn das „Goethe-Gymnasium“ diese Schuljahrgänge nicht vorhält.
- (3) Für Schülerinnen und Schüler, die wegen einer dauernden oder vorübergehenden Behinderung oder Krankheit befördert werden müssen, besteht der Anspruch ohne Berücksichtigung der Mindestentfernung. Eine derartige Beförderung ist durch die Erziehungsberechtigten schriftlich beim Schulverwaltungsamt unter Vorlage einer fachärztlichen Bescheinigung zu beantragen. Das Schulverwaltungsamt ist berechtigt, im Zweifel eine amtsärztliche Stellungnahme einzufordern.
- (4) In begründeten Ausnahmefällen übernimmt die Stadt Dessau-Roßlau auch bei Unterschreitung der in § 2 festgelegten Mindestentfernung die Beförderung bzw. die Erstattung der notwendigen Aufwendungen, wenn der Schulweg zu Fuß oder mit dem Fahrrad nach den objektiven Gegebenheiten besonders gefährlich ist. Die im Straßenverkehr üblicherweise auftretenden Gefährdungen begründen keine besondere Gefährlichkeit im Sinne dieser Satzung. Die Entscheidung trifft das Schulverwaltungsamt mit vorheriger Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde.

§ 2 Mindestentfernung

- (1) Als Schulweg gilt der sichere und direkte öffentliche Weg zwischen der Wohnung der Schülerinnen und Schüler und der Schule.
- (2) Anspruch auf Beförderung bzw. Erstattung der notwendigen Aufwendungen für den Schulweg besteht nur, wenn der Schulweg in eine Richtung vorbehaltlich der Regelung des § 1 (4) für
 - a) Schülerinnen und Schüler der Primarstufe, d.h. 1. bis 4. Schuljahrgang, mehr als 2 Kilometer
 - b) Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I, d.h. 5. bis 10. Schuljahrgang, mehr als 3 Kilometer
 - c) Schülerinnen und Schüler des Berufsgrundbildungsjahres, des Berufsvorbereitungsjahres sowie des ersten Schuljahrganges derjenigen Berufsfachschulen, die nicht den Realschulabschluss voraussetzen, mehr als 4 Kilometerbeträgt.

§ 3 Beförderungs- bzw. Erstattungspflicht

- (1) Die Beförderungs- bzw. Erstattungspflicht besteht nur für den Weg zur nächstgelegenen Schule, die den von den Schülerinnen und Schülern gewählten Bildungsgang anbietet. Bildungsgänge sind ausschließlich die Schulformen gemäß § 3 (2) sowie Ersatzschulen von besonderer pädagogischer Bedeutung nach § 18 (2), Satz 1, des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SchulG LSA).
Ist auf Grund der Festlegung von Schulbezirken oder Schuleinzugsbereichen eine bestimmte Schule zu besuchen (§ 41 SchulG LSA), so gilt diese als nächstgelegene Schule.
Besuchen Schülerinnen und Schüler auf Anordnung der Schulbehörde eine andere als die nächstgelegene Schule, so gilt diese als die nächstgelegene Schule.
- (2) Für Schülerinnen und Schüler, die einer besonderen pädagogischen Förderung bedürfen, besteht die Beförderungs- bzw. Erstattungspflicht der Stadt Dessau-Roßlau auch für Förderschulen außerhalb des Stadtgebietes, wenn die Stadt Dessau-Roßlau diese nicht vorhält. Die Notwendigkeit des Schulbesuchs von Förderschulen außerhalb des Stadtgebietes muss vom Landesverwaltungsamt bestätigt sein.
- (3) Für Fahrten zum Schülerbetriebspraktikum außerhalb des Schul- oder Wohnortes besteht ein Beförderungs- oder Erstattungsanspruch nur in unabdingbaren Fällen. Über die Ausnahmen entscheidet das Schulverwaltungsamt nach Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung der Schule.
- (4) Bei Schulwanderungen, Schullandheimaufenthalten, Studienfahrten, Besichtigungen, Projektunterricht, Sportwettkämpfen und ähnlichen Veranstaltungen besteht die Beförderungs- bzw. Erstattungspflicht nur für den Weg vom Wohnort zur Schule und zurück. Gleiches gilt für die Wahrnehmung von ärztlichen Untersuchungen.
- (5) Die Stadt Dessau-Roßlau übernimmt ferner die Beförderung zum Schwimm- bzw. Sportunterricht der Schülerinnen und Schüler der Grund- und Förderschulen.
Der Anspruch auf Beförderung besteht unter Anwendung des § 2 (2) nur für den Weg von der Schule zur Schwimm- bzw. Sporthalle und zurück.

§ 4 Art der Schülerbeförderung und Umfang der Erstattung notwendiger Aufwendungen

- (1) Die Beförderung erfolgt grundsätzlich im Öffentlichen Personennahverkehr. Zur Beförderung berechtigen die von der Schule ausgegebenen Schülersausweise in Verbindung mit den Schülerfahrkarten.
Es besteht für die Stadt Dessau-Roßlau keine Erstattungspflicht für Aufwendungen, die den Schülerinnen und Schülern oder ihren Erziehungsberechtigten dadurch entstehen, dass das Verkehrsunternehmen ein Beförderungsentgelt verlangt, weil keine gültigen Schülersausweise bzw. Schülerfahrkarten vorgelegt werden konnten. Bei Verlust der Schülersausweise bzw. Schülerfahrkarten können frühestens für den folgenden Monat neue Schülersausweise bzw. Schülerfahrkarten beantragt werden.
- (2) Die Schülerinnen und Schüler haben das vom Schulverwaltungsamt bestimmte Verkehrsmittel zu benutzen und die Beförderungsbestimmungen im öffentlichen Linienverkehr zu beachten. Ein Anspruch auf besondere Verkehrsmittel oder auf Mitbeförderung einer Begleitperson besteht nicht.
- (3) Die Beförderung der Schülerinnen und Schüler zwischen Wohnort und Schule erfolgt gemäß den Fahrplänen des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie den festgelegten Zeiten des freigestellten Schulbusverkehrs.
- (4) Nur im Ausnahmefall können Fahrten zum Zwecke der Schülerbeförderung nach vorheriger Genehmigung durch das Schulverwaltungsamt mit privatem PKW durchgeführt werden.
- (5) Der Antrag auf Erstattung der notwendigen Aufwendungen für den Schulweg ist unter Beachtung des § 4 (6) gegen Vorlage der Fahrkarten (ohne Zuschlag) bzw. der Nachweisführung der Benutzung eines privaten PKW beim Schulverwaltungsamt zu stellen.
- (6) Als notwendige Aufwendungen gelten nur die, die bei der Benutzung des von der Stadt Dessau-Roßlau bestimmten Beförderungsmittels entstehen. Bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sind dies die jeweils günstigsten Tarife. Bei der genehmigten Benutzung eines privaten PKW für die Schülerbeförderung wird ein Betrag von 0,21 EUR pro Entfernungskilometer, bei der Mitnahme weiterer Schüler zusätzlich 0,03 EUR pro Schüler und Entfernungskilometer erstattet.

§ 5 Zumutbare Bedingungen im Sinne des § 4

- (1) Die Fahrzeit soll in eine Richtung 60 Minuten (Primarstufe) bzw. 90 Minuten (Sekundarstufen I und II) nicht überschreiten.
- (2) Die Wartezeit am Schulstandort soll vor Unterrichtsbeginn nicht mehr als 30 Minuten und nach Unterrichtende nicht mehr als 60 Minuten betragen.
- (3) Im Rahmen des Beförderungsangebotes sind begründete Ausnahmen von den maximalen Beförderungs- und Wartezeiten zulässig. Als Ausnahmegründe gelten die tatsächlichen Wegstreckenzeiten vom Wohnort zur nächstgelegenen Schule und/oder die wirtschaftliche Gestaltung des Verkehrsangebotes im öffentlichen Personennahverkehr.
- (4) Ausgenommen von (1) und (2) ist die Beförderung zu Förderschulen außerhalb des Stadtgebietes, die einer besonderen pädagogischen Förderung der Schülerinnen und Schüler dienen und die die Stadt Dessau-Roßlau nicht vorhält.

§ 6 Ausschlussfrist und Wegfall der Anspruchsvoraussetzungen

- (1) Bestehende Ansprüche auf Erstattung von Schülerbeförderungskosten sind spätestens einen Monat nach Beendigung des Schuljahres geltend zu machen. Später eingehende Anträge werden nicht berücksichtigt.
- (2) Bei Wegfall der Anspruchsvoraussetzungen während des Schuljahres sind die Schülersausweise bzw. Schülerfahrkarten sofort an die jeweilige Schule zurückzugeben, andernfalls können die Erziehungsberechtigten bzw. Schülerinnen und Schüler von der Stadt Dessau-Roßlau für den entstehenden Schaden in Anspruch genommen werden.

§ 7 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 1. August 2008 in Kraft. Gleichzeitig tritt der Beschluss „Satzung für die Schülerbeförderung in der Stadt Dessau“ vom 22. Dezember 1999 außer Kraft.

Dessau-Roßlau,

Klemens Koschig
Oberbürgermeister

(Siegel)